



Biwöchlicher Abonnementenpreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl.
Post 2 Thlr. 11 $\frac{1}{4}$ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer
jüngsten Seite in Pettichrist 1 $\frac{1}{4}$ Sgr.

Nr. 196. Mittag-Ausgabe.

Bierundvierziger Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Dienstag, den 28. April 1863.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Krakau, 28. April. Die alljährliche Prozession des heiligen Marcus ward durch die Polizei in Warschau verboten. Der Erzbischof Felinski wurde nebst den Domherren Wyszyński, Bialobrzeski und anderen Priestern verhaftet. (Allgemeine Entrüstung.) (Teleg. Depesche der Bresl. Ztg.)

Paris, 28. April. Der heutige „Moniteur“ meldet: Prinz und Prinzessin Napoleon sind Sonntag Abend nach Egypten und Palästina abgereist. (Woff's L. B.)

* Nach einer uns soeben aus Warschau selbst zugehenden Nachricht sind dieselben aber wieder freigelassen worden. D. Ned.

Venedig, 27. April. Die von Berlin und Wien hierher gemeldeten, dort circulirenden Gerüchte von einem drohenden Conflict zwischen England und Nordamerika scheinen vor der Hand grundlos. (B. B. B.)

Preußen.

Landtags-Verhandlungen.

36. Sitzung des Hauses der Abgeordneten. (27. April.)

Vize-Präsident Behrend eröffnet die Sitzung nach 10 $\frac{1}{2}$ Uhr. Am Ministertisch: zwei Regierungs-Commissionare, (Geb. Justizrat Sybow und Geb. Reg.-Rath Noah) später Graf zur Lippe. Der Präsidenttheit mit, daß der Abg. v. Unruh-Bomst am Sonntag Mittag verstorben ist. Das Haus erhebt sich zum Zeichen des Beileids. Die Bestattung wird in der Heimat des Verstorbenen erfolgen.

Mehrere Urlaubs- und Entschuldigungsgesuche werden verlesen. — Vom Herrenhaus sind Anzeigen über Erledigung mehrerer Gesetzentwürfe eingegangen. Der Gesetzentwurf wegen Aufhebung der lex anastasiana (worin das Herrenhaus befürchtet das, nach Ablösung des Provinzial-Landtages etc.) wieder hergestellt hat) geht nochmals an die Justiz-Commission, der Gesetz-Entwurf wegen der Gerichtsbarkeit der Conjur an die vereinigten Commissionen für das Justizwesen und für Handel und Gewerbe.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die nochmalige Abstimmung über das Amendment des Abg. v. Carlowitz zu § 6 und 21 des Minister-Verantwortlichkeitsgesetzes. (Einige Vertagung des Hauses auf die sechsmonatlichen Frist für Erhebung der Anklage nicht mit zu rechnen.) Dasselbe wird wiederholten angenommen. Ebenso ergiebt die nun folgende namentliche Generalabstimmung über diesen ganzen Gesetzentwurf, dessen Annahme mit 249 gegen 8 Stimmen. Dagegen stimmen v. Malinckrodt und die anwesenden Conservativen außer Graf Bethuß-Huc.

Es folgt der Bericht der Justiz-Commission über den Gesetzentwurf für die hohenzollernische Lande, betreffend die Gewährleistung bei einigen Arten von Hausthieren. (Siegl. Abg. Kraß).

Die Commission empfiehlt die unveränderte Annahme des Entwurfs, der sie im Wesentlichen die in Baden und Württemberg bestehenden geistlichen Vorschriften adoptirt hat, mit dem einzigen Zusatz, daß in den Schlusssätzen auch zwei im Regierungsentwurf nicht erwähnte Verordnungen für Sigmaringen für aufgehoben erklärt werden sollen. — Nachdem der Referent den Commissionen-Entwurf befürwortet, geschieht die Annahme des Entwurfs einstimmig ohne Diskussion. — Es folgt der vierte Bericht der Petitions-Commission. Der 73 Jahre alte Invalid und ehemalige Gefangenenvorwärter Lebmann zu Salzwedel, der 17 Jahre hindurch beim Land- und Stadtgericht in Salzwedel, jedoch nur auf Kündigung angestellt, in diesem dann entlassen worden, weil er für den Dienst die nötige Zuverlässigkeit und Energie nicht mehr besaß, bittet, daß ihm die ihm zufehrende Beamtenpension, event. aber ein Äquivalent dafür, so wie für die lange Entbehrung des ihm entzogenen Rechts gesollte; 2) sucht er darunter, daß ihm das eiserne Kreuz 2. Klasse, trotz der ihm verliehenen Erbberechtigung zu demselben, widerrechtlich vorenthalten worden sei. Die Commission empfiehlt in Betreff des ersten Antrages Ueberweisung an die Staatsregierung, in Betreff des zweiten Antrages Ueberweisung an die Staatsregierung zur Verücksichtigung. — Abg. Senff beantragt auch hinsichtlich des ersten Antrages, soweit er sich auf ein Äquivalent der Civilpension für die Zukunft bezieht, die Ueberweisung der Petition an die Staatsreg. zur Verücksichtigung. Der Antragsteller weist darauf hin, daß der Petent sich 17 Jahre im Dienst befunden und dadurch einen Anspruch wenigstens aus Rücksichten der Billigkeit erworben habe. Diese Billigkeitsgründe hätten auch in dem Pensions-Reglement vom Jahre 1825 vollständige Anerkennung gefunden. Dem Petenten sei seitens des Staates ein schweres Unrecht geschehen, was die Commission in ihrem zweiten Antrage auch anerkannt habe. Für seinen Antrag sprächen auch politische Gründe, da, wenn öfter so verfahren werde, wie im vorliegenden Falle, man qualifizierte Leute für Unteroftizierstellen wenig finden werde.

Abg. Stavenhagen unterstützt den Antrag des Vorredners, weil bei Beratung der Gesetzentwürfe wegen Erweiterung der Seniorens-Stiftung das Verhältnis solcher Leute, wie der Petent, gerade zur Sprache gekommen und dabei seitens der Regierung erklärt worden sei, es würde gegen dieselben mit der größten Rücksicht verfahren werden. — Der Justizminister Graf zur Lippe erwidert, daß der Petent stets auf Kündigung angestellt gewesen sei, so daß er einen Rechtsanspruch auf Pension nicht habe. Es könne für ihn nur im Wege der Gnade eingetreten werden. Wolle das Haus sich deshalb direkt an Se. Majestät wenden, so stelle er dies anheim (Unruhe). Er könne in Bezug auf diesen Punkt nur Annahme des Commissionen-Antrages empfehlen. — Abg. Steinhardt: Es möge es definitiv aus dem Mund der Unteroffiziere, die unter ihm gebient hätten, welchen Eindruck es mache, wenn die Behörde so verfare wie hier. Die Unteroffiziere zügen sich bei solchen Verfahren so schnell wie möglich aus dem Heere zurück, und dies sei ein Grund, weshalb das Heer an Unteroffizieren Mangel leide. — Abg. Stavenhagen: Es sei recht eigentlich Sache des Ressort-Ministers in einem solchen Falle, den Petenten Sr. Majestät zu empfehlen. Das Haus habe es also nicht mit Sr. Maj dem Könige, sondern mit dem Ressort-Minister zu thun. — Bei der Abstimmung wird der Antrag des Abg. Senff angenommen, ebenso der zweite Antrag der Commission.

Der Cultusminister Dr. v. Mühlner ist inzwischen eingetreten.

Die nächste Petition hat folgenden Thatbestand: Mitteilt Berichts vom 24. Oktober 1861 überreichte das katholische Kirchencollegium zu Lubitz der königl. Regierung zu Bromberg die Kirchen-Kassenrechnung für 1860 in polnischer Sprache, erhielt dieselbe aber mit der Verfügung vom 10. Januar 1862 zur Umarbeitung und Wiedervorlegung in deutscher Sprache binnen drei Wochen bei Vermeidung einer Strafe von 5 Thlr. zurück. Die Behörde hierüber vom 29. Januar 1862 wurde von dem Ober-Präsidenten der Provinz Polen, v. Bonin, unter dem 11. März 1862 deswegen zurückgewiesen, weil das Kirchencollegium nicht nur die Kirchen-Kassenrechnungen, sondern auch andere zu den Regierungs-Alten eingereichte Berichte und Eingaben stets in deutscher Sprache abgabt, so daß anzunehmen, daß es dieser Sprache vollkommen mächtig sei. Diese Verfügungen hat auch der Cultusminister auf, die an ihn gerichtete Beschwerde für gerechtfertigt erklärt, weil nach dem Regulativ vom 14. April 1832 eine Annahme von der Verpflichtung, die Kirchen-Kassenrechnungen in deutscher Sprache einzureichen, nur dann zulässig wäre, wenn bei dem Kirchencollegium eine hinlängliche Kenntniß der deutschen Sprache nicht anzutreffen — was nach der amtlichen Erklärung der königl. Regierung nicht der Fall sei. Das Kirchencollegium petitionirte nunmehr bei dem Abgeordneten-Hause: veranlassen zu wollen, daß die königl. Regierung zu Bromberg Kirchenrechnungen in polnischer Sprache behufs Revision von ihm annehme. — Petenten machen geltend: 1) Die katholische Parochie zu Lubitz besteht nur aus Polen. 2) Das katholische Kirchencollegium müsse sich nach der erzbischöflichen Instruktion vom 21. Oktober 1859 richten; denn nach der Verpflichtung leite die katholische Kirche ihre Angelegenheiten selbstständig. 3) Führen sie die bekannten staatsrechtlichen Gründe für die Behauptung der völligen Gleichberechtigung der polnischen mit den deutschen Sprache in der Provinz Polen an. — Die Commission empfiehlt den Uebergang zur Tagesordnung.

Gegen die Tagesordnung erhält sich der Abg. Dr. Behrt: Die Petenten hätten das Recht auf ihrer Seite; sie beriefen sich mit Recht auf das Wort Friedrich Wilhelms III.: „Eure Sprache wird neben der deutschen in allen öffentlichen Verhandlungen gebraucht werden“ — womit das Regulativ

vom 14. April 1832 in Widerspruch steht. Er stellt das Amendment, die Petition der Regierung zur Verücksichtigung zu überweisen.

Abg. Dr. Respondek gegen den Commissionen-Entwurf: Er wolle einige Punkte herausheben, um zu beweisen, wie die Verwaltungsbehörde die Gesetze interpretire und welcher Hilfsmittel sie sich dabei bediene. Er werde damit nichts Neues sagen, aber die Wahrheit gewinne an Macht durch die Wiederholung. — Niederschriftlich ist sodann das Fazit der Petition und führt aus, daß durch die Verträge von 1815, insbesondere die wiener Verträge, der freie Gebrauch der polnischen Sprache garantire werde, und daß Regulativ von 1832, auf welches die Commission sich stützt, damit nicht vereinbar sei. Dieses Regulativ verstöre zugleich gegen die specificisch-preußische Gesetzgebung; es sei einseitige Verstüfung des Oberpräsidenten, nicht bindendes Gesetz. Die Polen hätten aber auch nach der Verfassung, welche gleiche Rechte allen Staatsbürgern garantire, das Recht auf den Gebrauch ihrer Sprache. Sie leisteten gleiche Kriegsdienste, trugen dieselben Lasten wie ihre deutschen Mitbürger in der Provinz. Er bitte um Annahme des Beitrags der Gesetzesamendements. Denn die schwerste Rechtsverletzung sei die mit dem Scheine der Gesetzlichkeit verübt! — Das Amendment steht wird aussreichend unterstützt.

Abg. Haake (Stendal): Die wiener Verträge und das Patent Friedrich Wilhelms III. vom Jahre 1815 bewegen sich über die Verhältnisse der Provinz Polen in so allgemeinen Ausdrücken, daß aus ihnen Rechtsansprüche im Bezug auf die Sprachfrage in keiner Weise ableitet werden können. Zu deren Begründung hätte es einer gesetzlichen Ausführung jener allgemeinen Verbelebungen bedurft, wie das Obertribunal im Jahre 1860 ausdrücklich anerkannt hat. Die Sprachfrage in der Provinz Polen kann deshalb lediglich nach dem Regierungs-Regulativ vom 14. Februar 1832 beurtheilt werden, dessen Rechtsbeständigkeit in der Commission nicht bezweifelt worden ist. Auf Grund dieses Regulativs ist aber die Entscheidung der Regierung zu Bromberg gegen die Petenten unanfachbar, denn § 1 des Regulativs läßt die polnische Sprache in Berichten an die Behörden nur dann zu, wenn die Berichtenden der deutschen Sprache nicht mächtig sind. Dies aber ist bei der vorliegenden Petition nicht der Fall, und ich empfehle deshalb den Uebergang zur Tagesordnung. — Abg. Rohrbach gegen die Tagesordnung: das Regulativ — ganz abgesehen von der Frage, ob es zu Recht besteht oder nicht — finde auf den vorliegenden Fall keine Anwendung, weil nicht festgestellt sei, daß die Mitglieder des petitionirenden Kirchen-Collegiums sämmtlich der deutschen Sprache mächtig seien; nur in diesem Falle würde das Regulativ Platz greifen.

Berichterstatter Dr. Eberty rechtfertigt den Antrag der Majorität der Commission, bemerkte aber, daß er selbst zu der gegen die Tagesordnung stimmenden Minorität gehört habe.

Hierauf wird der Commissionen-Entwurf abgelehnt, und der Antrag des Abg. Behrt angenommen; für denselben die Fortschrittspartei, die katholische und die polnische Fraktion und einzelne Mitglieder des linken Centrums.

Der jüdische Corporationsprediger Simon Levy zu Birnbaum beschwert sich, daß bei vielen öffentlichen jüdischen Schulen der Provinz Polen evangel. Geistliche als (Lokale) Schulinspектор thätig seien, welche auch in jüdischer Religion und Religionsgeschichte, und zwar ohne Buziehung der jüdischen Geistlichen, die öffentlichen Schulprüfungen abzuhalten pflegen. Der Petent hat beantragt: seine Petition der Staatsregierung mit der Aufforderung zu überweisen: den evangelischen Geistlichen die Inspektion über jüdische Schulen nicht mehr zu gestatten, und die Wahl dieser Beamten ganz der Autonomie der Gemeinden anheim zu geben. In Betrag des zweiten Theils des Antrages des Petenten beantragt die Commission Tagesordnung, hinsichtlich des ersten Theiles dagegen Ueberweisung an die Staatsregierung zur Verücksichtigung. — Abg. Krause (Magdeburg) beantragt auch hinsichtlich des ersten Theiles des Petenten Ueberweisung zur Tagesordnung. — Abg. Senff hat den Präsidial-Entwurf gestellt: die ganze Petition an die Unterrichts-Commission zur Verücksichtigung zu verweisen. Über diesen Antrag wird zuerst diskutirt.

Abg. Senff motiviert sein Amendment: Die Frage greife tie in das Unterrichtswofen ein, insofern sie die Inspection der jüdischen Schulen ganz der Autonomie der Gemeinde überlassen wolle. Auch die Petitions-Commission habe anerkannt, daß man diese Frage nicht beiläufig bei Gelegenheit des Petenten Ueberweisung an die Unterrichts-Commission beitrete. — Abg. Krause (Magdeburg) beantragt auch hinsichtlich des ersten Theiles des Petenten Ueberweisung zur Tagesordnung. — Abg. Senff hat den Präsidial-Entwurf gestellt: die ganze Petition an die Unterrichts-Commission erörtert, dieselbe aber für überflüssig gehalten in Betrag des Theiles, wo sie Tagesordnung beantragt, weil die neuliche ausführliche Erörterung des Petitions-Entwurfs der Unterrichts-Commission die Frage erledigt habe, der andere Theil aber allgemeiner Natur sei. Er bitte, namens der Commission, das Senff'sche Amendment zu verwerfen. — Das Senff'sche Amendment wird hierauf abgelehnt, der Commissionen-Entwurf in seinen beiden Theilen angenommen. — Die Commission empfiehlt schließlich, die Petition des Bierbrauer-Büros zu Großen-Bodungen im Kreise Worbis, um Gestaltung des Ausschanks an fahrende Gäste, der Regierung zur Verücksichtigung zu überweisen.

Abg. Ahmann hält die Abweisung des Petenten seitens der Regierung, nach der Cabinetts-Ordre von 1835, für vollkommen gerechtfertigt, da Petent in sofern unzuverlässig, als er nach den stattgefundenen Ermittlungen dem Trunk ergeben sei. Das Gesetz stehe also der Regierung zur Seite. Man dürfe dieselbe nicht auffordern, sich über das Gesetz hinweg zu setzen. Er beantrage Ueberweisung zur Tagesordnung.

Abg. Saalfeld führt aus, daß der Petent nicht als Trunkenbold zu betrachten sei. Abg. Dr. Gneißt bemerkte, man könne über diese Frage wohl hier nicht debattiren. Er wolle im Uebrigen nur aufmerksam machen auf den schon von dem Abg. Ahmann hervorgehobenen Umstand, daß man die Regierung nicht auffordern dürfe, sich über den Wortlaut des Gesetzes hinzusetzen. Das Haus möge in der Besitznahme von Schant-Concessionen nicht zu lau verfare. Sobald man im Lande die Meinung gewinne, daß hier Schant-Concessionen zu haben seien (Heiterkeit), so werde man mit derartigen Besuchen überflutet und die den ernstesten Aufgaben zu widmende Zeit des Hauses von solchen Dingen ungebührlich in Anspruch genommen werden. — Nach einigen Worten des Referenten (Abg. Dr. v. Hilgers) für den Commissionen-Entwurf, wird der Uebergang zur Tagesordnung mit großer Majorität angenommen.

Präsident Behrend macht Mittheilung von einem durch den Abgeordneten v. Sybel eingereichten und ausreichend unterstützten Antrage: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, was folgt: Die königl. Staatsregierung wird aufgefordert, ihren verfassungsmäßigen Verpflichtungen entsprechend, dem Hause eine Vorlage über die Kosten der an der russisch-polnischen Grenze bewirkten Truppenaufstellungen zu machen. Motive: 1) Die Truppenaufstellungen an der polnischen Grenze dauern jetzt in den dritten Monat. Ihre Lieferungsverträge sind neuerlich verlängert. Es ist mithin die daraus erwachende Ausgabe eine beträchtliche und zugleich bis zu einem gewissen Grade übersehbare. 2) Art. 99 der Verfassung schreibt vor: alle Einnahmen und Ausgaben des Staates müssen für jedes Jahr im Voraus veranschlagt und auf den Staatshaushaltsetat gebracht werden. Der Etat für 1863 ist eben in Verhandlung; die Vorchrift der Verfassung wird unzweckhaft nicht erfüllt, wenn während der Verhandlung eintretenden, früher nicht vorgesehnen außerordentlichen Ausgaben nicht zum Etat gebracht werden. Zu den nach Artikel 104 einer nachträglichen Genehmigung unterworfenen Etatsüberschreitungen können solche Kosten nicht gerechnet werden; nach dem Sinne des Wortlauts gehören dorthin nur diejenigen Ausgaben, die erst nach der Feststellung des Etats erwachsen sind. 3) Es erhebt zur Zeit doppelt wichtig, daß das Haus der Abgeordneten jede ihm in dieser Hinsicht zufindende Berechtigung wahrne, da die neuliche Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten: die Staatsreg. werde Krieg führen mit oder ohne Guttheiten des Landtages, die Absicht des Ministeriums offen

verkündet, sich die größten Ausgaben ohne Rücksicht auf ablehnende Beschlüsse der Volksvertretung zu erlauben. Diese Lage ist um so beunruhigender, als durch die fehlende und widerprüchliche Politik des Ministeriums das Land in die dringende Gefahr höchst unnötiger Kriegsverwicklungen versetzt worden ist, in welche es überhaupt nicht und am wenigsten unter der Führung dieser Minister eintreten will.“ — Der Antrag geht an die Budgetcommission.

In Betrag des letzten Gegenstandes der Tagesordnung (Petitionen wegen Erlaubnis eines Consolidations-Gesetzes) ist seitens des Vorstehers der Agrar-Commission der Antrag eingegangen, denselben der Tagesordnung zu entfernen, weil noch aus der Rheinprovinz Petitionen eingegangen seien, welche sich gegen den Erlaubnis eines solchen Gesetzes aussprechen.

Abg. Bresgen beantragt: 1) die Verhandlung zu vertagen und zwar auf mindestens 4 Wochen; 2) die sämtlichen Petitionen an eine besondere Commission von 14 Mitgliedern zu überweisen, bei welcher vorzugsweise die Abgeordneten aus der Rheinprovinz zu berücksichtigen sind. Es wird beschlossen, nach dem Antrage des Vorstehers der Agrar-Commission zu verfahren. Die Anträge des Abg. Bresgen werden abgelehnt.

Vor dem Schluß der Sitzung ergreift das Wort der Abg. Reichensperger (Bremen): Der Abg. Schulze (Berlin) habe bei einer der letzten Debatten seine Auffassung fremder Reden und auch seine Auffassungsgabe überhaupt in Zweifel geogen. Er (Redner) habe damals die Sache vor der Hand noch als eine offene betrachtet und erfuhr den stenographischen Bericht abwarten wollen. Er habe nun die betreffenden Blätter des stenographischen Berichts durchsehen und darin so erhebliche Correcturen gefunden, daß er die Abgeordneten erfuhr müsse, sich zur Prüfung der Angelegenheit das ursprüngliche Manuscript durchzusehen.

Abg. Schulze (Berlin): Ich habe Ursache gehabt den stenographischen Bericht einer größeren Correctur zu unterwerfen. Was die Sache anlangt, so habe der Herr Vize-Präsident ihn selbst durch einen Zettel bei der betreffenden Debatte darauf aufmerksam gemacht, das die Redner auf etwas erwiderten, was er (Schulze) gar nicht gesagt habe.

Vicepräsident Behrend (den Redner unterbrechend): Er habe das nur mit Bezug auf die Ausführungen des Abg. Plaßmann, nicht des Abgeordneten Reichensperger gehabt.

Abg. Schulze (Berlin): Die stenographischen Berichte seien nicht der Weg, in die Ewigkeit zu gelangen; er lege auf dieselben keinen Werth, und überläßt dies Anderen.

Abg. Reichensperger (Bremen): Der Abg. Schulze (Berlin) habe mit einigermaßen einverstanden, daß man die stenographischen Berichte revidiren müsse; er hätte nur in diesem Falle, wo auch die stenographischen Berichte compromittiert worden, gewünscht, daß von diesem Rechte ein etwas beidermehr Gebrauch gemacht werden wäre. — Abg. Schulze (Berlin): Das Haus habe ja die Rede gehört, und könnte den gedruckten Bericht vergleichen.

Abg. v. Binsen (Stargardt) fragt, ob der zweite Vicepräsident des Hauses dem die Beurtheilung der stenographischen Berichte obliege, in diesem Falle den Bericht geben habe. — Abg. v. Bodum-Dolfs: Er habe die Änderungen gesehen und den Abg. Schulze erfuhr, den ursprünglichen Bericht wiederherzustellen, der selbe habe ihn indeß darauf aufmerksam gemacht, daß er sehr rasch und in ziemlicher Entfernung vom Stenographen erklärlich sei, so daß Mißverständnisse seitens der Stenographen erklärlich seien. — Abg. Schulze (Berlin): Jeder im Hause wisse, daß man den ursprünglichen Text des Berichts unmöglich unbedingt unverändert stehen lassen könne. So habe er neulich von „Freiheitsvergnügen“ gesprochen und die Stenographen „Freiheiten vergnügen“ geschrieben.

Damit ist dieser Zweipunkt erledigt und die Sitzung wird um 1 $\frac{1}{2}$ Uhr geschlossen. Nächste Sitzung: Freitag oder Sonnabend; Tagesordnung: Interpellation des Abg. Dr. Birchow und Petitionsberichte.

Berlin, 27. April. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allergründig geruht, den Stadtgerichts-Präsidenten Holzapfel in Berlin zum ersten Präsidenten des Appellationsgerichts in Ratibor zu ernennen.

N u s s l a n d.

Aus Polen, 24. April. [Die Lage der Insurgenten.]

Die Menge der im königlichen Kreise in mehreren Lagern aufgeblähten Insurgenten soll sich schon auf 6000 belausen und täglich wächst ihre Zahl, da nicht nur fortwährend Zugänge aus Posen, sondern auch Franzosen und Leute anderer Nationalitäten anlangen. — In dem Lager bei Posen, wo Edm. Taczanowski aus der Provinz Posen die Oberleitung hat und ein Franzose die Leute ordnet und befehligt, hat man bereits vier Geschütze, und in der Stadt Posen ist ein vollständiges Laboratorium eingerichtet, wo Franzosen und gewesene Artilleristen aus Preußen die Arbeiten beaufsichtigen und leiten. Die Ausschreibung von Kontributionen und Naturallieferungen wird durch die provisorischen Regierungscomités besorgt, und bestimmte Kommissarien betreiben die Einlieferung und Einziehung der ausgeschriebenen Beiträge. In Posen sind die Behörden der Zollkammer &c. durch Leute gebildet worden, welche für die provisorische Regierung den Eid leisteten. Die früheren Akten und Schriften hat man teilweise verbrannt und alle kaiserlichen Abzeichen und Insignien entfernt. — In Kalisch soll gestern ein Versuch von den in jener Gegend liegenden Insurgenten auf die Stadt in Aussicht gestanden haben. Näheres darüber weiß man noch nicht. (Pos. 3.)

Ein anderer Correspondent der „Pos. Ztg.“ teilt noch Folgendes über die kriegerischen Verhältnisse aus der Gegend von Kalisch und Konin mit: „Die Anzahl der bis zu einer Entfernung von 3—4 Meilen von Kalisch zusammengeschaarten Insurgenten beträgt 5—6000 Mann. Eine Hauptmacht derselben occupirt die Gegend von Kuznica Grabowska, dem Städtchen Grabow gegenüber, eine zweite, auch nicht unbedeutende Abtheilung, die von Brzeziny, etwa 2 Meilen von Kalisch. Diese letztere konnte man durch mehrere Tage bei ihren militärischen Exercitien von unserer Grenze bei Dobroki aus beobachten; sie übte sich in Evolutionen wie im Scheibenschießen, und hatte dabei ringsumher ihre Vorposten ausgestellt. Diese beiden hauptsächlichsten Trupps halten seit längerer Zeit die russischen Streitkräfte gewissermaßen im Schach. Und es ist dies auch kein Wunder, denn lassen wir wirklich noch die numerische Überlegenheit auf Seiten der Russen, so steht den Polen die moralische Gewalt zur Seite, die bei den Russen, wenn sie sich jemals deren rühmen konnten, nunmehr schon auf Null und Nichts herabgesunken ist; persönlicher Mut wie Disziplin haben im russischen Heere gänzlich aufgehört, aber auch physische Erschaffung ist die Ursache des namentlich in neuerer Zeit so häufigen Misserfolgs ihrer Operationen. Es ist Thatsache, und es ist mir von einem Russen selbst erzählt worden, daß einzelne Abtheilungen drei Wochen lang weder Kleider noch Stiefeln vom Leibe ziehen konnten, weil sie sich auf freiem Felde und in den Straßengräben herumtreiben mußten.“

Die „Ost.“ schreibt: „Die Nationalregierung hat die Ausfuhr von Getreide aus dem Königreich Polen verboten. In Folge dessen wurden leere Wagen aus Breslau, die dazu bestimmt waren, Getreide aus dem Königreich nach dem Großherzogthum zu verladen, nicht über die Grenze gelassen. Die Zölle werden jetzt an der Grenze von den Beamten der Nationalregierung erhoben. Taczanowski, der sich ca. 8 Meilen von Posen entfernt hatte, ist jetzt wiener dorfhin zurückgekehrt. Die früher Mielenski'sche Abtheilung, die später von Seiffried commandiert wurde, hat sich in zwei Abtheilungen getheilt, deren eine unter dem Commando Zielenskis, die andere unter dem Oborski'st. Den Oberbefehl hat Seiffried wieder übernommen.“

Posseki 24 80 198 281 301 305 442 456 477 513 517 566 593 619 722 727 739 903 926 946. 51018 44 82 110 112 232 236 241 345 349 513 529 712 864 884. 52100 36 50 88 131 191 262 355 362 402 462 472 597 617 630 695 741 817 954 971 977. 53018 238 343 394 400 417 425 437 542 574 679 905 973 991. 54082 131 201 207 268 407 421 617 786 853 863 928. 55020 99 126 137 139 198 286 428 437 451 455 535 607 608 663 704 751 798 835 875 968. 56008 96 117 234 265 272 296 315 328 337 342 388 527 563 619 625 627 639 652 681 711 725 729 735 752 754 769 999. 57048 67 71 301 317 328 369 377 425 434 587 604 606 674 738 898 924 930 970 984 999. 58052 161 197 270 436 459 511 544 550 610 662 716 730 784 833 862 919. 59009 193 227 277 341 468 550 591 650 744 809 863 876 899 928 937 954 957.

Posseki 129 287 299 363 382 428 438 463 481 483 619 629 636 694 773 867 918 926. 61160 161 250 275 320 392 446 527 615 730 742 905 963. 62116 170 189 306 350 396 436 468 510 562 724 820 847 956. 63163 199 207 278 473 543 564 626 672 730 749 754. 64061 68 114 138 209 253 292 313 330 343 347 359 404 442 460 615 715 854 913 927 972. 65070 82 86 99 109 273 350 510 523 616 650 670 727 745 759 927 947. 966. 66007 206 324 385 389 508 538 618 673 847 876 888 942. 67127 138 171 188 201 350 366 417 452 486 504 560 586 590 597 618 655 703 704 731 819 821. 68032 61 149 205 287 292 462 493 503 532 537 556 582 668 710 759 762 770 795 877. 69095 111 627 719 776 796 826. **70011** 30 69 83 134 161 213 353 375 388 526 535 595 703 770 790 799 808 876 923. 71095 216 296 342 389 482 530 601 932. 72026 29 48 94 323 548 599 643 756 764 791 823 978. 73033 124 145 151 154 190 230 297 300 430 491 507 518 545 581 633 665 673 769 778 788 820 860 847 919 936 999. 74003 24 26 211 309 324 334 451 540 683 706 733 772 793 801 808 822 900 927 928 954. 75013 54 126 159 189 238 263 312 323 343 383 398 404 537 547 619 640 642 656 679 710 716 719 766 770. 76015 24 115 126 131 147 165 191 281 353 372 390 456 486 591 606 658 795. 77003 117 128 244 349 405 431 449 570 626 675 743 803 944 994. 78014 58 246 379 486 562 577 582 639 648 733 795 830 919 923 987 988. 79113 179 281 303 385 400 451 518 551 552 556 565 624 667 736 769 832 901 911 949 958 969 999. **90031** 55 74 94 132 160 247 265 297 318 328 334 374 425 524 574 649 736 767 833 840 850 854 915 923. 81108 138 173 182 189 266 271 361 363 520 618 623 692 706 771 834 846 862 875 910. 82001 10 22 105 198 275 301 334 346 372 452 515 604 721 849 854 859 888 919 922. 83070 86 105 107 312 404 446 488 501 556 586 635 703 749 823 897 977. 84159 193 251 253 255 345 351 361 363 369 389 428 442 485 515 565 558 (9) 608 637 699 755 798 810 844 854 884 935. 85008 72 125 231 292 310 343 396 503 542 569 579 599 643 754 796 798 824 897 937. 86023 27 42 64 147 207 252 280 293 317 363 413 455 521 554 678 694 829 862 888 877 937. 87022 66 69 164 230 397 400 496 665 729 739 817 862 872 944 953 985. 88200 245 293 318 460 531 533 615 634 646 668 853 868 905 965 979. 89001 49 54 102 143 240 309 355 361 373 413 545 750 772 841 876 899 909 936 948 962 955 988. **90049** 108 255 259 266 307 311 329 435 474 538 541 583 613 626 696 744 796 815 893 933 943 944 987. 91026 36 49 53 70 86 111 181 183 210 214 219 249 279 336 347 369 382 399 439 590 593 613 625 629 637 676 682 903 999. 92086 254 260 264 361 370 432 501 547 694 727 736 800 871 922 927 944. 93082 92 179 210 224 229 319 412 419 465 522 589 590 626 690 758 821 826 859 874 892 902 904 957 965 972, 94087 221 234 251 272 294 299 304 362 413 415 457 462 659 675 698 750 759 792 829 843 867 912 946.

Deutschland.

München, 24. April. [Gegen Lassalle.] Auch der hiesige Arbeiterverein, der über vierhundert Mitglieder zählt, befasste sich in seiner letzten Generalversammlung mit der Lassalleschen Angelegenheit und erklärte nach lebhafter Debatte einstimmig: daß er nie seine Zustimmung zu einem Vorhaben im Sinne der Lassalleschen Broschüre geben wird und ein solches als einen Verrat betrachte an dem großen Werke, zu dessen Förderung alle Arbeiter-Bildungsvereine Deutschlands sich berufen fühlen müssen.

Hanau, 21. April. [Zur Arbeitersfrage.] Der am 19. d. M. zu Rödelheim abgehaltenen Arbeiterversammlung ging Tags vorher eine zahlreich besuchte Begründung der Mitglieder des hiesigen Arbeiterbildungsvereins voraus. Nach gründlicher Erwürdigung aller in Betracht kommenden Gründe wurde die in der Lassalleschen Erklärung an das leipziger Centralcomité aufgestellte Theorie, welche die Arbeiter von den Arbeitgebern befreien, aber zu Sklaven des Staates (resp. dessen Regierung) machen, welche ferner dem Besitzenden sein Capital zu Gunsten der Arbeiter entziehen will, als dem Arbeitertande absolut gefährlich einstimmig verworfen. Allgemein ist auch die Indignation über die von Lassalle dem preußischen Abgeordnetenhaus angehannte Beleidigung. Daburch, daß sich derselbe nicht entblödet hat, dem Hause Schwäche und Würdelosigkeit vorzuwerfen und einzelne Mitglieder zu verhöhnen, hat er sich ein Denkmal gesetzt, um das kein deutscher Patriot jemals beseinen wird.

Gotha, 24. April. [Gegen Lassalle.] Seit zwei Abenden wurde nach einem von Hrn. Müller Renn aus Frankfurt gehaltenen eingehenden Vortrage über das Lassallesche Programm in dem hiesigen Arbeiterverein über dessen Annahme oder Ablehnung debattirt und gestern Abend der einstimmige Beschluss gefaßt, das Lassallesche Programm abzulehnen, das leipziger Comité als des Vertrauens der Arbeiter für unwürdig zu bezeichnen und zum Zusammentritt eines neuen Central-Comité's für die öffentliche Vertretung der Arbeiterinteressen jederzeit mitzuwirken.

Schweiz.

Zürich, 22. April. [Visconti Venosa.] Die „Zür. Ztg.“ hebt her vor, wie die Regierung von Turin noch fortwährend an der Meinung festhält, von ihren politischen Gegnern werde der Canton Tessin zur Operationsbasis eines neuen Freischarenzuges nach Westschweiz benutzt. Visconti Venosa, der gegenwärtige italienische Minister des Neubauern, scheint aus lauter Angst vor Massini nicht mehr schlafen zu können, und seine Schilderungen, die er von den Umtrieben der Actionspartei macht, erinnern genau an die Klagen, welche früher die österreichische Polizei gegen das Treiben der Italianissimi erhoben, zu denen damals auch der gegenwärtige Minister des Neubauern gehörte. Derselbe nannte in einem Schreiben an Massini vom Jahre 1851 diesen Agitator „caro maestro“, vergötterte die Demokratie und die Republik, verurtheilte die Monarchie, den Papst, die Lauwassermänner, die Diplomaten, die Doctrinärs, den Grafen Favaro und seine Nachfolger, also auch sich selbst.

Großbritannien.

[Zu dem Geburtstage Shakespeare's], am 23. April, teilt die „Engl. Corr.“ mit, daß England sich bereits mit dem Gedanken beschäftigt, die im nächsten Jahre bevorstehende dreihundertjährige Geburtfeier seines „größten Dichten“ zu einem nationalen Feste zu machen. Ob der Jubelanstoss, welcher das deutsche Schillerfest zu so hohem Range unter allen vollen thümlichen Feierlichkeiten erhob, sich in gleichem Grade bei dem Shakespeare's Geburtstage geltend machen wird? Ohne Zweifel wird auch Deutschland seinen Anteil an der Jubelfeier nehmen.

Altien 792. Nordbahn 177, 70. National-Anleihe 80, 20. Staats-Eisenbahn-Creditaktien 199, 60. Altien-Cert. 221, — London 114, 20. Hamburg 85, — Paris 45, 20. Gold —, Silber —. Böhmisches Weitbahnbahn 159, — Lombardische Eisenbahn 267, — Neue Loosse 131, 75. 1860er Loosse 94, 85.

Frankfurt a. M., 27. April, Nachm. 2 Uhr 30 Minuten. Defferr. Effekten in Folge auswärtiger niedriger Notierungen in größerer Ausdehnung zurückgegangen. Geschäft von großer Bedeutung. Böhmisches Weitbahnbahn 72 Br. Finnland, Anleihe 89%. — Schluss-Course: Ludwigshafen-Bergbau 141. Wiener Wechsel 102%. Darmstädter Bantaffian 227. Damit, Zettelbank 255% B. spr. Met. 64% B. 4% pro. Met. 56%. 1854er Loosse 81% B. Defferr. National-Anleihe 68%. Defferr. Franz. Staats-Eisenbahn 229. Defferr. Bank-Antheile 814. Defferr. Credit-Aktien 205. Neuerteckte Defferr. Anleihe 83%. Defferr. Elisabet-Bahn 138% B. Rhein-Nahe-Bahn 33%. Mainz-Ludwigshafen Litt. A. 131% B.

Mainz, 27. April. Die heute stattgehabte zahlreich besuchte Generalversammlung der Aktionäre der Mainzer Bahn hat beschlossen, die Gesamt-Einnahme pro 1862 von 1,933,000, gegen 1,648,300 Gulden im Jahre 1861, darunter zu verteilen, daß 7% Dividende gezahlt und 170,000 Gulden im Erneuerungsfonds angelegt werden.

Hamburg, 27. April Nachm. 2 Uhr 30 M. Börse flau bei ziemlichem Geschäft. Finn. Anleihe 88%. Schluss-Course: National-Anleihe 70. Österreich Credit-Aktien 86%. Vereinsbank 103%. Nord. Bank 105. Rheinische 99%. Nordbahn 63. Disconto —. Wien —.

Hamburg, 27. April [Getreidemarkt.] Weizen loco zu leichten höchsten Preisen verkauft, ab auswärtis zu leicht bezahlten höchsten Preisen zu lassen, doch höher gehalten. Roggen loco sehr fest, ab Ostsee höher gehalten. Getr. Mai 32%, pr. Oktbr. 29%. Kaffee 2000 Sac. Rio loco verlaufen.

Liverpool, 27. April. [Baumwolle.] 4,000 Ballen Umsatz. — Preise gegen vergangenen Sonnabend unverändert.

London, 27. April. Getreidemarkt [Schlußbericht]. Englischer Weizen einen Schilling, amerikanischer zwei Schilling höher, schwimmende Ladungen nur einen bis zwei Schilling höher angeboten, beschränktes Geschäft. Hafer und amerikanisches Mehl ½ Schilling höher. — Schnees Wetter.

Amsterdam, 27. April. Getreidemarkt [Schlußbericht]. Weizen fest. Roggen lebhaft, etwas höher. Raps April 86, November 76. Rüböl Mai 48%, Herbst 43%.

Berliner Börse vom 27. April 1863.

Fonds- und Geld-Course.

Freiw. Staats-Anl.	4½%	101½% bz.	Dividende pro 1861 1862 ZT.
Staats-Anl. von 1859	5%	106 bz.	Aachen-Düsseld. 3½% 3½% 92% G.
dito 1850,			